

Wohlers, Eckhardt

Article — Digitized Version

Lohnpolitik: Augenmaß bewahren

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wohlers, Eckhardt (1995) : Lohnpolitik: Augenmaß bewahren, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 75, Iss. 2, pp. 60-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137208>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Im vergangenen Jahr brachte die Tarifrunde in Westdeutschland unter dem Eindruck rezessionsbedingt stark gestiegener Arbeitslosenzahlen deutlich ermäßigte Lohnsteigerungen; in einigen Bereichen wurde zudem mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit vereinbart. Die maßvollen Tarifabschlüsse ermöglichten zusammen mit der in der Rezession vorangetriebenen Rationalisierung und auslastungsbedingten Produktivitätssteigerungen einen kräftigen Rückgang der Lohnstückkosten und eine Erholung der Gewinne, insbesondere in der Industrie. Dies trug maßgeblich dazu bei, daß sich das Konjunkturklima trotz wieder steigender Zinsen spürbar verbesserte.

Auch in der diesjährigen Tarifrunde scheint bisher die Gefahr eines neuerlichen Aufflammens von Verteilungskämpfen, die den gerade erste in Fahrt gekommenen Aufschwung gefährden würden, nicht groß. Wahrscheinlicher ist, daß die Abschlüsse ungeachtet der heftiger gewordenen Auseinandersetzungen schließlich doch an die moderaten Ergebnisse des Vorjahres anknüpfen werden. Dafür spricht nicht zuletzt die trotz des Konjunkturaufschwungs weiterhin hohe Arbeitslosigkeit. Da die Beschäftigung der Konjunktur in der Regel erst mit einiger Verzögerung folgt, ist für dieses Jahr trotz fortschreitender wirtschaftlicher Erholung noch nicht mit einem nennenswerten Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu rechnen.

Auch ist auf seiten der Gewerkschaften – nicht zuletzt bei der derzeit um einen „Pilotabschluß“ ringenden IG Metall – die Einsicht gewachsen, daß Einkommenseinbußen aufgrund von Steuer- und Abgabenerhöhungen nicht von den Unternehmen „zurückgeholt“ werden können; bei stabilitätsorientierter Geldpolitik hätte ein solcher Versuch zwangsläufig negative Folgen für Produktion und Beschäftigung. Das läßt hoffen, daß die zweifellos erheblichen zusätzlichen Belastungen der Arbeitnehmer durch



Eckhardt Wohlers

Lohnpolitik: Augenmaß bewahren

den Solidaritätszuschlag und die Einführung der Pflegeversicherung nicht in die Tarifabschlüsse eingehen, obwohl damit der Reallohn nochmals sinkt.

Überdies scheint sich bei den Gewerkschaften prinzipiell die Bereitschaft erhöht zu haben, zur Verbesserung der Beschäftigungschancen auch eine größere Flexibilität bei der Arbeitszeit und anderen wichtigen Arbeitsmarktbedingungen zu akzeptieren. So könnte die positive Bewertung zeitlich befristeter Arbeitsverträge durch den DGB-Chef nach der jüngsten Kanzlerrunde, die freilich in den eigenen Reihen nicht unwidersprochen blieb, ein Indiz dafür sein, daß die Ablehnungsfront in dieser Frage zu bröckeln beginnt. Ähnliches gilt für die Teilzeitbeschäftigung, in der bisher nur zu oft vorrangig eine Gefahr für soziale Standards gesehen wurde.

Nach wie vor halten die Gewerkschaften zwar an einer Verkürzung der Arbeitszeit als bevorzugtem Mittel zur Beschäftigungssicherung fest. Anders als früher rücken heute aber statt einer generellen Reduzierung der Arbeitszeit mehr und mehr flexible, dezentralisierte Regelungen wie etwa das VW-Mo-

dell oder davon abgeleitete Varianten in den Vordergrund. Solche Ansätze sind insofern ein Fortschritt, als sie in der Regel zeitlich befristet sind, zumeist Wahlmöglichkeiten enthalten und keinen oder nur einen partiellen Lohnausgleich vorsehen; als Gegenleistung verpflichten sich die Unternehmen, für die Laufzeit des Vertrages auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten.

Derzeit wird ferner eine Verkürzung der Arbeitszeit auf vier Wochentage bei gleichzeitig möglicher Verlängerung der Arbeitswoche auf sechs Tage für ganze Belegschaften oder bestimmte Gruppen verstärkt diskutiert. Bei geringerer Arbeitszeit erlaubt es diese Variante, die Sachanlagen besser zu nutzen. Das Ausschöpfen des Produktivitätspotentials, das der flexiblere Einsatz der Beschäftigten bietet, verlangt allerdings auch von den Unternehmen ein hohes Maß an Beweglichkeit und die Bereitschaft zur Umstrukturierung der Produktionsabläufe.

Bei alledem ist freilich zu berücksichtigen, daß Arbeitszeitverkürzungen eine „resignative“ Strategie zur Beschäftigungssicherung sind. Denn damit soll nur das vorhandene Beschäftigungsvolumen auf mehr Köpfe verteilt werden. Die künstliche Verknappung des Arbeitskräfteangebots kann aber allenfalls eine Second-best-Lösung sein; an erster Stelle muß die Schaffung neuer, rentabler Beschäftigungsmöglichkeiten stehen. Die Entwicklung in der zweiten Hälfte der achtziger und am Beginn der neunziger Jahre hat gezeigt, daß dies durchaus möglich ist. Damals wurden im Zuge eines lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs 2 1/2 Mill. neue Arbeitsplätze geschaffen. Um eine derartige Entwicklung zu wiederholen, bedarf es indes wie damals einer moderaten Lohnpolitik, die Unternehmenserträge und Investitionsneigung stärkt und zusätzliche Anreize zur Einsparung von Arbeitskräften vermeidet.